

Das Existenzrecht Israels

Entgegnung von Amnesty Ingolstadt auf den Offenen Brief der Stadträte Jakob Schäuble und Karl Ettinger, FDP, und Veronika Hagn und Dr. Markus Meyer, JU

Sehr geehrte Stadträtin, sehr geehrte Stadträte,

in Ihrem Offenen Brief vom 27.11.2024, veröffentlicht im DK vom 5.12., erheben Sie den Vorwurf, Amnesty International würde das Existenzrecht Israels in Frage stellen.

Als Menschenrechtsorganisation nimmt Amnesty International zur Frage, ob ein Staat ein Existenzrecht hat, **nicht Stellung**. Amnesty ruft alle Staaten und auch nicht-staatlichen Akteure auf, die Menschenrechte einzuhalten. Wenn ein Staat systematisch schwere Verletzungen des humanitären Völkerrechts begeht, wie es die verschiedenen israelischen Regierungen in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten gemacht haben, dann ist es die Aufgabe von Amnesty als Menschenrechtsorganisation, dies zu recherchieren, zu dokumentieren und daraus Forderungen an die internationale Gemeinschaft abzuleiten. Genauso wie die systematischen Verletzungen der Hamas und anderer palästinensischer bewaffneter Gruppen dokumentiert und kritisiert und die Forderung erhoben wird, dass die Verantwortlichen zur Rechenschaft gezogen werden.

Die deutsche „Staatsräson“, die Sicherheit Israels zu schützen, ist als politische Auffassung zu verstehen. Die menschenrechtliche Bewertung des Vorgehens der israelischen Regierung und Behörden kann mit Verweis auf die „Staatsräson“ nicht zum Schweigen gebracht werden. Die „Staatsräson“ steht nicht über dem Völkerrecht.

Der Vorwurf des Antisemitismus wird immer wieder instrumentalisiert, um berechtigte Kritik an den Verstößen der israelischen Regierung gegen die internationalen Menschenrechtsnormen und das humanitäre Völkerrecht zu unterdrücken. Eine gerechtfertigte Kritik an der Menschenrechtsbilanz der israelischen Regierung als antisemitisch zu bezeichnen, verwischt die Unterscheidung zwischen Kritik und Antisemitismus und schadet damit auch dem Kampf gegen Antisemitismus, der angeprangert, untersucht und gestoppt werden muss.

In Ihrem Offenen Brief legen Sie nahe, dass die Stadt Ingolstadt die Veranstaltung „Tag der Menschenrechte“ einstellen solle. Der Ingolstädter „Tag der Menschenrechte“ wird seit gut 25 Jahren mit großem Erfolg durchgeführt und hat starken Rückhalt in der Ingolstädter Gesellschaft und darüber hinaus. Wie man auch bei der diesjährigen Veranstaltung am 8.12., also vor wenigen Tagen, erleben konnte.

Im Grußwort von Amnesty zur Veranstaltung am 8.12. hieß es, dass „Amnesty International eine über 60 Jahre lange Tradition hat, sich allen Formen von Rassismus, Antisemitismus und Diskriminierung entgegenzustellen, den Finger in die Wunden zu legen. Die Ergebnisse der Recherchen mögen nicht allen gefallen. Doch die Menschenrechte sind unbestechlich.“

Mit freundlichen Grüßen

Gudrun Rihl

Im Namen der Amnesty Gruppe Ingolstadt 1273